

**Wortprotokoll der Pressekonferenz am 16.11.2018 zur Netzausbaureise
von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier mit den Bayerischen Staatsministern
Hubert Aiwanger (Wirtschaft) und Thorsten Glauber (Umwelt)**

Nach einleitenden Worten durch Michael Leonbacher (Pressesprecher von Staatsminister Hubert Aiwanger) und Begrüßung durch den Hausherrn, Stellvertreter des Landrats, Rainer Mattern, wurden folgende Statements abgegeben.

Staatsminister Hubert Aiwanger:

„Sehr geehrter Herr Landrat, Herr Minister Altmaier, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich glaube die Gespräche zeigen, die Energiepolitik ist festgefahren. Natürlich gibt es jetzt Bundesvorgaben Richtung Trassenbau, wenn auch die Varianten noch nicht genau festgelegt sind aber Bundesvorgabe ist, hier reinzugehen. Diese Bundesvorgabe will ich so nicht akzeptieren und will auch aus bayerischer Sicht mit besseren Gegenvorschlägen antworten, die wir gerne zusammen mit dem Bund erarbeiten, deshalb Danke für das Gespräch. Soeben wurde ja auch zugesagt, dass man sich hier abklären will und einfach schauen wie wir gemeinsam die Energiepolitik weiterbetreiben und wir das Zeitfenster nutzen das wir noch haben bis die Trassen gebaut werden sollen. Dazu auch ein besseres Energiekonzept entwickeln, dass die Versorgungssicherheit in Bayern mit Sicherheit besser garantiert als die Trassen die politisch vielleicht gar nicht durchsetzbar sind. Ein Energiekonzept das auch wieder mehr Energieerzeugung im Süden sieht. Franz Josef Strauß würde sich im Grab umdrehen wenn er sehen würde, dass wir in Bayern alles abschalten was wir hier erzeugen und nur noch mit Leitungen reinholen wollen. Das gefährdet auch den Industriestandort Bayern. Wir brauchen hier also bessere Lösungen die aber nicht einseitig zu Lasten des Bundes gehen sollen – nach dem Motto: Die sollen auf ihrem Wind sitzen bleiben, das interessiert uns nicht – sondern wir brauchen hier Gesamtkonzepte die den Windüberschuss im Norden einbaut, sprich Power-to-care, als ob man hier nicht irgendwo durchkommt. Im Süden sollten wir die bestehende Leitungskapazität nutzen. Wir haben jetzt die Thüringer Strombrücke, wir haben einen Ostbayern-Ring der ja weiter ertüchtigt werden soll, wir haben Verbindungen nach Österreich und auch innerdeutsche Verbindungen die man vielleicht mit heutiger Technik noch intelligenter nutzen kann, damit man einfach die Betroffenen der Bürger runterbekommen und damit wir möglichst wenig Geld welches in die Energiewirtschaft fließt in Baggerstunden, Kabelgräben und Strommasten investieren, sondern in Intelligenz in Abgestimmtheit mit Angebot und Nachfrage und dadurch nochmal die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit gewährleisten und die Wertschöpfung möglichst vor Ort zu generieren und hier eine bessere Lösung zu finden als immer nur mehr Trassen zu bauen, die am Ende nicht mehr durchsetzbar sind.“ Das war im Prinzip meine Kernbotschaft.“

Staatsminister Thorsten Glauber:

„Sehr verehrter Bundesminister Altmaier, Stellvertretender Ministerpräsident Aiwanger, Herr Landrat, Kollege Michelbach, sehr verehrte Damen und Herren. Der Stellvertretende Landrat hat die Schönheit des Coburger Landes angesprochen. Ich durfte die Schönheit des Coburger Landes über einige Jahre auch genießen, denn ich habe hier studiert und ich war gern im Coburger Land. Als Oberfranke und Forchheimer war das auch in der Zeit bevor ich Staatsminister wurde ein Anliegen zu sagen: Wir wollen die erneuerbaren Energien stärken. Ich war Mitglied der Energiekommission und da haben wir ein klares Signal gesetzt. Wir wollen die erneuerbaren Energien stärken – auch in Bayern. Bayern ist Sonnenland und als Sonnenland Bayern können wir da deutlich mehr. Wind und Sonne stellen keine Rechnung. Das muss uns allen klar sein und für die Zukunft müssen wir auch so denken. Deshalb ist es ein ganz klares Signal: Wir wollen einen starken Ausbau der erneuerbaren

Energien, wir wollen ein klares Zeichen setzen und was ich nicht möchte, dass es bei der Diskussion um die P 44– wir sprechen hier über die P44, über die notwendige oder nicht notwendige Leitung - zwischen den Gemeinden und Landkreisen kein Teilen der kommunalen Ebenen geben darf. Es kann nicht sein, dass sich die Landkreise hier untereinander ausspielen. Das ist nicht redlich und das ist auch nicht in Ordnung. Ich erwarte hier, dass man an einem Strang zieht und nicht den einen gegen den anderen ausspielt. Wir haben uns in Oberfranken klar gegen die P44 positioniert und auch gegen die modifizierten Varianten und ich bin auch dankbar, dass sie heute die Bürgermeisterin und der Landrat klare Worte gefunden haben und ich als gewählter Abgeordneter werde das genauso unterstützen.“

Staatsminister Hubert Aiwanger:

„Auch von meiner Seite, wenn ich es vorher nicht gesagt haben sollte: Klare Ablehnung P43, P44 und Südostpassage.“

Bundesminister Peter Altmaier:

„Lieber Hans Michelbach, lieber Herr Landrat, Herr Umweltminister und Herr Stellvertretender Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir die wir hier vorne sitzen als politisch Verantwortliche, haben eine doppelte Verantwortung. Wir haben eine Verantwortung dafür, dass wir eine Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern schaffen und das wir bei Eingriffen die notwendig sind, die geringste Eingriffsintensität wählen und das wir mit uns ringen bei allem was wir machen, wie wir es besser und erträglicher machen können. Wir haben aber auch eine gemeinsame Verantwortung für die Stromversorgungssicherheit in Bayern und in Deutschland und für das Gelingen der Energiewende insgesamt. Davon hängt sehr viel ab, auch für die junge Generation, für die Kinder und Enkelkinder und deshalb sind die Entscheidungen mit denen wir ringen keine leichten Entscheidungen und es sind vor allen Dingen Entscheidungen die wir in einem größeren Zusammenhang sehen müssen. Ich habe mich entschieden mit der Netzausbaureise, die ich im August in NRW und Niedersachsen begonnen habe und die mich jetzt nach Thüringen und Bayern und demnächst nach Hessen führt, bewusst an die Orte zu gehen, wo der Widerstand besonders groß ist und wo die Menschen die Frage stellen, ob die Maßnahmen denn wirklich nötig sind oder nicht. Es gibt hier einen großen Konsens vom örtlichen Bundestagsabgeordneten, dem Landrat und die neuen örtlichen Minister aber es gibt solche Konsense natürlich überall dort wo Stromleitungen benötigt werden, wo sie notwendig sind und deshalb ist das heute der Beginn eines Dialogs. Ich bin nicht hierhergekommen um zu belehren, aber ich wäre ein schlechter Minister, wenn ich jeden Wunsch der mit auf der Netzausbaureise gestellt wird sofort akzeptiere und entgegen nehmen würde, denn am Ende muss es ein Gesamtsystem sein, dass funktioniert, dass Strom bezahlbar macht oder lässt, das Strom überall ankommen lässt und das umweltverträglich ist.

Mir liegt sehr daran, dass wir die Diskussion zügig führen. Ich habe mich bereits im September mit meinen Kolleginnen und Kollegen, den Umwelt- und Energieministern der Bundesländer, auf einen Netzausbauplan geeinigt. Dieser Netzausbauplan den wir mit 16:0 verabschiedet haben wird derzeit in wesentlichen Teilen in ein sogenanntes Netzausbaubeschleunigungsgesetz überführt. Dieses Gesetz befindet sich in der Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung und wir werden es aller Voraussicht nach noch in diesem Jahr in den deutschen Bundestag einbringen. Ich hoffe, dass wir es dann bis zum Frühsommer verabschiedet haben, damit Klarheit ist. Wir wollen mit diesem Gesetz insbesondere neue technische Möglichkeiten nutzen, wir wollen es leichter machen durch Anwendungen der Digitalisierung, durch innovative Materialien, durch Aufrüstung bestehender Infrastrukturen große Neubauprojekte zu reduzieren oder in einzelnen Fällen auch zu vermeiden. Wir werden, im Hinblick auf die strittigen Projekte die sich im Drei-Länder-Eck – Thüringen, Franken,

Bayern – häufen, einen Dialog beginnen zu dem ich die zuständigen Minister aller drei Länder einladen werde. Wir werden dann versuchen eine Lösung zu finden die als gerecht und vertretbar empfunden wird, auch wenn sie vielleicht nicht alle zu Freudenstürmen hinreißen wird. Solche Entscheidungen gibt es im Bereich der Infrastruktur ganz selten, egal ob es um den Neubau einer Bundesstraße, einer Bahntrasse, einer Stromleitung, einer Gasleitung oder was auch immer geht, aber es wird so sein, dass wir um die beste Lösung ringen. Ich hab mir vorgenommen diese Gespräche so zügig wie möglich zu führen, weil ich weiß, dass wir bei verschiedenen Projekten die am Ende dann bestätigt werden oder auch nicht – aber dort wo sie bestätigt werden, dann auch die Realisierung vorantreiben müssen und deshalb möchte ich das Zeitfenster des nächsten halben Jahres nutzen um zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Ich habe mich sehr gefreut über den freundlichen Empfang hier. Es war eine ausgesprochen sachliche Diskussion und das zeigt auch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger hier ihre Gedanken machen und sie haben einen Anspruch darauf, dass sich die Bundesregierung und die Bundesnetzagentur mit aller Seriosität auf ihre Anliegen antworten und diesen Dialog mit führt.“